

Bonn, **04.07.2025**

Stellungnahme der BAGSO zum Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung

Vorbemerkung

Mit dem o.g. Referentenentwurf des Bundesfamilienministeriums (BMBFSFJ) und des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) knüpft die Bundesregierung an ein geplantes Gesetzesvorhaben aus der letzten Legislaturperiode an. Eine abschließende Befassung im Bundestag erfolgte durch den Bruch der damaligen Koalition nicht (1. Lesung: 05.12.2024).

Bewertung der Maßnahmen

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen verweist grundsätzlich auf ihre Stellungnahme zum alten Referentenentwurf und die darin angeführten Forderungen, die sie weiterhin aufrechterhält, vgl. <https://www.bagso.de/spezial/aktuelles/detailansicht/assistentenkraefte-in-der-pflege-professionalisieren/>. Der Dachverband begrüßt, dass sich die Bundesregierung im neuen Referentenentwurf für eine achtzehnmonatige Pflegeassistentenausbildung entschieden hat. Gleichzeitig bemängelt die BAGSO, dass der Entwurf weiterhin die Möglichkeit vorsieht, dass eine positive Prognoseeinschätzung der Pflegeschule einen Schulabschluss als Zugangsvoraussetzung ersetzen kann (§ 10 Abs. 2) und plädiert für eine Streichung dieser Regelung. Ein Aufweichen der Zugangsvoraussetzung „Hauptschulabschluss, ein anderer gleichwertiger Schulabschluss oder eine abgeschlossene Berufsausbildung“ (§ 10 Abs. 1) würde aus Sicht der BAGSO die Bemühungen um eine stärkere Professionalisierung der Pflege – und damit eine bessere gesellschaftliche Anerkennung als eine eigenständige Profession – konterkarieren.

Weiterhin sieht die BAGSO die vorgesehene Finanzierung der Pflegefachassistentenausbildung durch Ausgleichfonds analog zum Pflegeberufegesetz

äußerst kritisch. Wie bereits in ihrer alten Stellungnahme mahnt die BAGSO an, dass die Ausbildungskosten nicht über die Ausbildungsumlage an die Pflegebedürftigen weitergegeben werden dürfen. Die Kosten sind vielmehr aus Steuermitteln zu finanzieren. Inzwischen beträgt der durchschnittliche Eigenanteil in der stationären Pflege bundesweit im ersten Jahr rund 3.000 Euro pro Monat. Mehr als jede dritte Person in Pflegeeinrichtungen ist bereits auf Sozialhilfe angewiesen. Die Reform der Pflegefachassistentenausbildung muss deshalb zügig von einer Reform der Pflegefinanzierung begleitet werden, die die Eigenanteile und die Ausgaben für Hilfe zur Pflege nachhaltig begrenzt.

Die BAGSO erkennt an, dass mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf und weiteren geplanten sowie bereits vergangenen gesetzlichen Änderungen wie z.B. dem Pflegekompetenzgesetz und dem Pflegestudiumstärkungsgesetz Anstrengungen unternommen werden bzw. wurden, um die Attraktivität des Pflegeberufs zu steigern und den fortschreitenden Personalmangel zu reduzieren. Nichtsdestotrotz sind wir der Auffassung, dass weitere Maßnahmen erforderlich sind, um ausreichend Personal für die Pflege zu gewinnen und zu halten und die unterschiedlichen Kompetenzen effektiver zu nutzen. Zu nennen sind beispielsweise die stärkere Verbreitung arbeitsorganisatorischer Maßnahmen, die motivationsfördernd wirken und die Selbstverantwortung fördern, wie individuell gestaltbare, flexible Arbeitszeiten und die Möglichkeit zur eigenständigen Dienst- und Tourenplanung. Insgesamt gilt, dass die Pflege einen neuen Stellenwert bekommen muss: sie ist nicht bloß mitwirkend in der medizinischen Versorgung, sondern ein eigenständiger Heilberuf, der auf der Basis selbst entwickelter wissenschaftlicher Konzepte und Instrumente handelt und von zentraler Bedeutung für die Gesunderhaltung und Genesung von Menschen ist. Dieses Verständnis muss seitens der Politik weiter gefördert und entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden.



Kontakt

BAGSO

Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V.

0228 / 24 99 93 0

kontakt@bagso.de





Die BAGSO – Stimme der Älteren

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In der BAGSO sind mehr als 120 Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, die von älteren Menschen getragen werden oder die sich für die Belange Älterer engagieren.